**Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland (Zusammenfassung)**

Die umfassenden Auswirkungen, die der demografische Wandel in Deutschland sowohl auf die Bevölkerungsgröße als auch auf ihre Alterszusammensetzung hat, werden bereits seit längerem breit diskutiert und finden Eingang in die politischen Debatten. Zuwanderung, die spätestens seit den 1960er Jahren das Bild der Gesellschaft in Deutschland mitbestimmt, ist eine weitere zentrale Dimension dieses demografischen Wandels.

Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München hat im Auftrag der Friedrich Ebertstiftung ein Gutachten zu den „Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland“ vorgelegt. Darin werden unter anderem die Folgen von Zuwanderung auf die Zusammensetzung der Bevölkerung, auf den Arbeitsmarkt, die sozialen Sicherungssysteme sowie auf die Bereiche Gesundheit, Pflege und Wohnen analysiert. Nach allen plausiblen Szenarien kann Migration den Bevölkerungsrückgang in Deutschland nicht stoppen, aber doch erheblich dämpfen: Ohne zukünftige Nettozuwanderung wäre die Bevölkerungszahl im Jahr 2030, im Vergleich zu einer Situation mit moderater Zuwanderung, um 3,7 Millionen Menschen geringer. Da die Migranten durchschnittlich jünger sind als die deutsche Wohnbevölkerung und außerdem höhere Geburtenziffern aufweisen, trägt Zuwanderung auch insgesamt zu einer Verjüngung der Bevölkerung bei.

Für ein tieferes Verständnis der Auswirkungen von Migration auf den demografischen Wandel in Deutschland ist es jedoch nicht ausreichend, nur nach der Staatsbürgerschaft zu unterscheiden. Vielmehr muss berücksichtigt werden, dass Zuwanderer in Deutschland bleiben und sie selbst oder ihre Kinder eingebürgert werden. Daher hat sich in Deutschland das Konzept des Migrationshintergrundes etabliert. Im Rahmen dieses Gutachtens erfolgt erstmals eine Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bis zum Jahr 2030. Selbst ohne weitere Nettozuwanderung hätte im Jahr 2030 fast ein Viertel der Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund; im Jahr 2013 waren es noch 20,5 Prozent. Bei weiterhin moderater bis starker Zuwanderung wird der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bei fast 30 Prozent liegen.

Ein Großteil der Personen mit Migrationshintergrund lebt heute in den Stadtstaaten und in den westdeutschen Ballungsräumen. Dabei ist eine zunehmende Heterogenisierung zu beobachten, d. h. während die Einwanderer früher überwiegend aus einigen wenigen Herkunftsländern stammten, kommen sie heute aus vielen verschiedenen Ländern. In Ostdeutschland ist die Gruppe der Migranten weitgehend unterrepräsentiert und in sich sehr heterogen.

Deutsche mit Migrationshintergrund und Ausländer unterscheiden sich in ihrer Arbeitsmarktsituation erheblich von Deutschen ohne Migrationshintergrund: Sie erzielen im Durchschnitt geringere Arbeitseinkommen, arbeiten häufiger in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und sind einem höheren Erwerbslosenrisiko ausgesetzt. Dies liegt vor allem an ihren im Durchschnitt geringeren Ausbildungs- und Qualifikationsniveaus. Allerdings sind Deutsche mit Migrationshintergrund und Ausländer auch bei den Personen mit Hochschulreife überrepräsentiert.

Aufgrund ihrer jüngeren Altersstruktur schwächen Deutsche mit Migrationshintergrund und Ausländer den Rückgang der Erwerbsbevölkerung in Deutschland beträchtlich ab. Weitere Zuwanderung in den nächsten Jahren wird diesen Effekt noch verstärken, so dass der Bevölkerungsrückgang zwar nicht aufgehalten, aber doch abgemildert und verzögert werden kann.

Bis 2030 wird sich die absolute Zahl der über 65jährigen Personen mit Migrationshintergrund fast verdoppeln. Damit werden sie einen größeren Anteil der Bevölkerung Deutschlands im ruhestandsfähigen Alter einnehmen.

Aus Perspektive der Rentenversicherung verbessert sich jedoch durch Zuwanderer das Verhältnis von potenziellen Beitragszahlern und Ruheständlern. Ein Indikator hierfür ist der sogenannte Altersquotient. Dieser beschreibt das Verhältnis der über 65jährigen zu der Gruppe der 15 bis 64jährigen. 2013 lag er bei Menschen ohne Migrationshintergrund bei 37,7 Prozent, bei Menschen mit Migrationshintergrund bei 14,5 Prozent und bei Ausländern bei 12,1 Prozent. Bis 2030 steigt der Altersquotient aller drei Gruppen zwar an, der dämpfende Effekt durch Menschen mit Migrationshintergrund und Ausländern bleibt jedoch erhalten. Erfolgt bis 2030 eine jährliche Nettozuwanderung von 200000 Personen, wirkt sich das zusätzlich positiv auf den Altersquotienten aus.

Im internationalen Wettbewerb um Zuwandernde erweist sich Deutschland zumindest auf europäischer Ebene als ein prinzipiell attraktives Zielland, das aber nicht in besonderem Maße Hochqualifizierte anzieht.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird die Anzahl an pflegebedürftigen Personen mit Migrationshintergrund zunehmen. Da migrationsspezifische Daten nur begrenzt vorliegen, wurden Vorausberechnungen unter der Annahme derselben Pflegequoten wie für die Gesamtbevölkerung vorgenommen. Demnach sind im Jahr 2030 rund 480000 pflegebedürftige Migranten zu erwarten, was einen Anstieg auf 187 Prozent des Ausgangswertes im Jahr 2013 bedeutet. Insgesamt steigt der Anteil der pflegebedürftigen Migranten von 9,8 Prozent 2013 auf 13,6 Prozent 2030 an. Demzufolge wird eine Ausrichtung von Pflegeanbietern auf kulturspezifische Angebote eine wichtige Aufgabe sein. Dies betrifft jedoch weniger die Notwendigkeit eines wachsenden Angebots von auf die Pflege von Migranten ausgerichteter stationärer Pflegeeinrichtungen, sondern vielmehr die Vermittlung transkultureller Kompetenzen als wesentlichen Bestandteil der Altenpflegeausbildung. In der Befragung von Migranten zu ihren Vorstellungen zur Pflege im Alter wurde deutlich, dass die Familie eine zentrale Rolle spielen soll. Gleichzeitig ist eine wachsende Akzeptanz professioneller ambulanter Dienste zu verzeichnen. Stationären Pflegeheimen stehen insbesondere Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion ablehnend gegenüber.

Wesentlich für eine Stabilisierung der Lebenssituation von älteren Migranten mit Pflegebedarf ist die prospektive Information über bestehende Unterstützungsangebote und deren Finanzierung. Darüber hinaus kommt dem Wohnquartier als vertrautem Lebensraum mit seinen informellen Netzwerken eine hohe Bedeutung zu. Hier müssen vielfältige, einander ergänzende Versorgungsmöglichkeiten wie auch barrierearmer und preiswerter Wohnraum zur Verfügung stehen. Ein wesentliches Ziel wird es zukünftig sein, Informations-, Kommunikations- und Partizipationswege in der Zusammenarbeit mit Migranten weiterzuentwickeln und in der Kommune umzusetzen.